

# „Wir machen uns auf das Schlimmste gefasst“

Westkalk rechnet mit Verlust des deutschen Wettbewerbsvorteils / „Müssen Kosten weitergeben“

Warstein – Steigende Energiepreise erhöhen den Druck auf die Bau- und Rohstoffindustrie seit Monaten. Auch das Warsteiner Unternehmen Westkalk ist betroffen und muss nach eigenen Angaben für Strom inzwischen das zehnfache im Vergleich zu vor zwölf Monaten bezahlen. Westkalk benötigt jährlich etwa 7 Millionen Kilowattstunden Strom, teilt das Unternehmen mit.

Mineralische Rohstoffe seien das erste Glied der Wertschöpfungsketten, neben der gesamten Bauindustrie seien auch viele industrielle Prozesse, z. B. aus der Zementin-

dustrie, der Chemischen Industrie, der Stahlerzeugung oder der Umwelttechnologie, darauf angewiesen. Produktionsstopps und Insolvenzen seien aufgrund der hohen Preisbelastung durch steigende Energiekosten bereits Realität. Diese Situation habe sich zuletzt gravierend verschärft, heißt es von Westkalk.

Damit stünden auch die gesamten nachgelagerten Wertschöpfungsketten der Industrie, wie z.B. auch der Bau, unter massivem Druck und drohen komplett einzubrechen.

Verena Adler, Geschäfts-



Verena Adler sieht eine angespannte Lage, FOTO: PRÜNTE

führerin bei Westkalk, sagt dazu: „Wir müssen die Kosten an unsere Kunden weitergeben, wenn wir hier in der Heimat Arbeitsplätze erhal-

ten wollen. Aber die Lage vieler unserer Kunden ist sehr angespannt. Wir machen uns auf das Schlimmste gefasst, denn die aktuelle Strompreisentwicklung geht weiter nach oben.“

Folgen könnten irreparablen Schäden der Wertschöpfungsketten und damit der Verlust eines strategischen Wettbewerbsvorteils

Deutschlands sowie der Versorgungssicherheit der Bevölkerung insgesamt sein, befürchten man bei Westkalk.

Immer mehr langfristige Energieversorgungsverträge würden auslaufen und könnten nicht zu den bisherigen

Konditionen verlängert werden, wodurch die Unternehmen der Branche Gas und Strom an den Märkten teilweise zu verzehnfachten Preisen einkaufen müssen.

Für Westkalk und viele andere Betriebe in der Rohstoffbranche sei es daher wichtig, die Gasverstromung zu stoppen und den Strom- vom Gaspreis zu entkoppeln. „Der Strompreis müsse von allen preisbelastenden Steuern und Umlagen befreit werden und eine staatliche Ko-Finanzierung der Strom-Übertragungsnetzentgelte sollte eingeführt werden“, heißt es in der Pressemitteilung.